

Der Staat muss Perspektiven bieten

Flüchtlinge. Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland ist in den vergangenen Monaten stark gestiegen. Viele von ihnen sind jung, ein großer Teil nicht einmal volljährig. Um sich integrieren zu können, brauchen die Flüchtlinge möglichst schnell eine Ausbildungs- und Arbeitsperspektive. Dazu muss der Staat allerdings einige rechtliche Hindernisse abbauen.

Kriege, politische Verfolgung, wirtschaftliche Misere – in einigen Teilen der Welt sehen immer mehr Menschen für sich keine Zukunft mehr. Die Folge: Kamen 2012 knapp 348.000 Asylbewerber in die EU sowie in die Schweiz, nach Norwe-

gen, Island und Liechtenstein, waren es 2014 schon gut 662.000. Und allein im ersten Halbjahr 2015 sind weitere 373.000 Asylanträge gestellt worden.

Vor allem nach Deutschland zieht es immer mehr Flüchtlinge (Grafik):

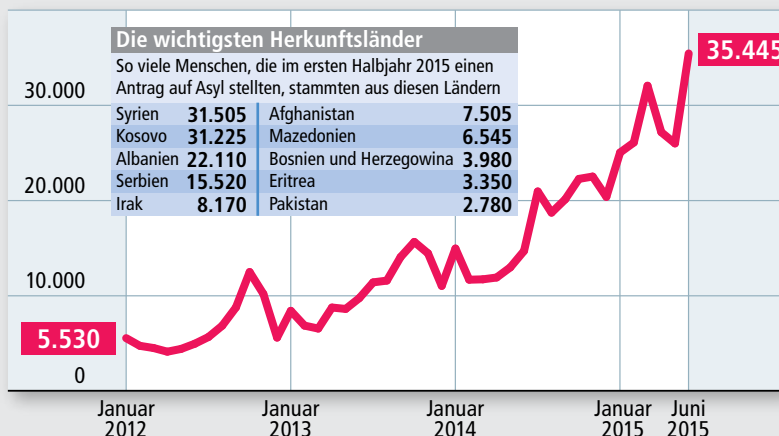
Im Frühjahr 2012 stellten pro Monat weniger als 5.000 Menschen einen Asylantrag in Deutschland – im Juni 2015 waren es mehr als 35.000.

Insgesamt wurden im ersten Halbjahr 2015 in der Bundesrepublik fast 172.000 neue Asylbewerber gezählt. Allein 31.500 stammten aus dem vom Bürgerkrieg gebeutelten Syrien. Mit insgesamt 47 Prozent machten allerdings Menschen aus den Westbalkanstaaten den größten Teil der Asylbewerber aus. Sie dürften vor allem aufgrund der schlechten wirtschaftlichen und sozialen Lage geflohen sein. Ihre Chancen auf Asyl sind entsprechend gering.

Andere dürfen dagegen meist in Deutschland bleiben. Im ersten Halbjahr 2015 sind beispielsweise fast 94 Prozent aller Asylbescheide an syrische Staatsbürger positiv ausgefallen. Doch bis zu einer solchen Entscheidung müssen die Asylbewerber zum Teil recht lange warten. Trotz rückläufiger Tendenz dauerte ein Asylverfahren nach den neuesten offiziellen Zahlen im Schnitt noch 6,6 Monate. Ob →

Immer mehr Asylbewerber

Zahl der Asylanträge in Deutschland



Quelle: Eurostat

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Meelen · iwd 36

Inhalt

Berufswahl. Der Boom von Krimserien, in denen promovierte Chemikerinnen die Beweismittel analysieren, hat in den USA viele Frauen für MINT-Studiengänge begeistert. Seite 3

Bildungsmonitor. Sachsen, Thüringen, Bayern und Baden-Württemberg haben derzeit die besten Bildungssysteme Deutschlands. Aber auch andere Bundesländer können in einzelnen Bereichen punkten. Seite 4-5

Wohnungsmarkt. Die Pro-Kopf-Wohnfläche in einem Land hängt stark vom Wohlstand ab – daher werden in Deutschland die Wohnungen von Generation zu Generation ein bisschen größer. Seite 6-7

Betriebliches Vorschlagswesen. Mit dem Ideenmanagement können Unternehmen ihre Mitarbeiter zum Mitdenken motivieren und sparen gleichzeitig viel Geld. Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ dieser Wert angesichts der vielen Anträge gehalten werden kann, ist allerdings zu bezweifeln.

Für die Integration der Flüchtlinge ist es jedoch sehr wichtig, dass sie möglichst schnell einen Zugang zum Arbeitsmarkt oder zu einer Ausbildung bekommen. Dies gilt umso mehr, als viele Flüchtlinge sehr jung sind (Grafik):

Fast 137.000 der Menschen, die im ersten Halbjahr 2015 einen Asylantrag in Deutschland gestellt haben, waren jünger als 35 Jahre – und annähernd 50.000 davon waren höchstens 17 Jahre alt.

Das Potenzial dieser Menschen sollte nicht erst dann zum Tragen kommen, wenn der Asylantrag positiv beschieden wurde. Derzeit aber dürfen Asylbewerber in den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts in Deutschland grundsätzlich nicht erwerbstätig sein. Und vom vierten bis 15. Monat ist dies unter anderem nur möglich, wenn die Bundesagentur für Arbeit in einer sogenannten Vorrangprüfung feststellt, dass für die betreffende Stelle kein einheimischer Bewerber zur Verfügung steht.

Auch der Zugang zum Bildungssystem ist eingeschränkt. Zwar dür-

fen Asylbewerber direkt nach ihrer Einreise die Schule besuchen. Doch im weiteren Bildungsverlauf wird es schwieriger. Ein Studium ist zwar aufenthaltsrechtlich generell erlaubt, die Immatrikulationsregelungen an manchen Hochschulen geben Asylbewerbern aber faktisch kaum eine Chance auf einen Studienplatz. Dies gilt insbesondere für die Hochschulen in Berlin.

Das berufliche Bildungssystem steht den Asylbewerbern nach den ersten drei Monaten Aufenthalt zwar offen – doch wessen Asylantrag negativ beschieden wird, der kann seine berufliche Ausbildung nur dann abschließen, wenn er sie im Alter von unter 21 Jahren begonnen hat. Älteren Azubis droht die Abschiebung.

Viele Bildungsangebote für Asylbewerber beruhen auf ehrenamtlichem Engagement und helfen den Neuankömmlingen vor allem dabei, Deutsch zu lernen. Von einem flächendeckenden Angebot kann aber keine Rede sein – nicht einmal an den staatlichen Integrationskursen dürfen Asylbewerber teilnehmen.

Um den Asylbewerbern bessere Arbeitsmarktperspektiven zu eröff-

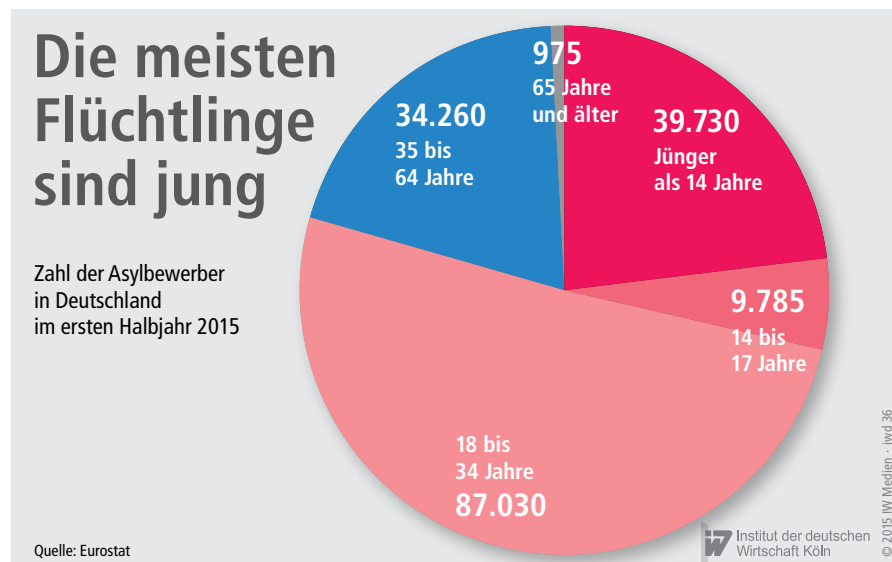
nen, müsste der Staat daher an einigen rechtlichen Schrauben drehen:

- **Vorrangprüfung abschaffen.** Der Zugang zum Arbeitsmarkt sollte die Integrationsperspektiven der Asylbewerber berücksichtigen – und nicht zuerst hiesige Fachkräfteengpässe. Daher sollte die Prüfung, ob für eine freie Stelle nicht auch einheimische Bewerber verfügbar wären, abgeschafft werden.

- **Hochschulausbildung ermöglichen.** Wenn Asylbewerber in ihrem Heimatland kurz vor der Immatrikulation standen oder das Studium wegen ihrer Flucht abbrechen mussten, sollten sie auch in Deutschland studieren dürfen. Wo nötig, wären die Zugangsvoraussetzungen entsprechend anzupassen.

- **Abschiebung für ältere Auszubildende aussetzen.** Fliehen junge Menschen vor Krieg und Verfolgung in ihrem Heimatland, unterbricht dies zwangsläufig ihren Bildungsweg. In Deutschland müssen sie dann meist erst ausreichende Sprachkenntnisse erwerben, sodass sie zu Beginn ihrer beruflichen Ausbildung oft schon älter als 21 Jahre sind. Daher sollte die bisherige Beschränkung des Abschiebestopps auf unter 21-jährige Azubis aufgehoben werden.

- **Zugang zum Integrationskurs gewähren.** Da der Integrationskurs gerade mit Blick auf das Erlernen der deutschen Sprache eine sehr gute Qualifikationsbasis bietet, sollten Asylbewerber nach dreimonatigem Aufenthalt an einem solchen Kurs teilnehmen dürfen – vor allem jene, bei denen die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass ihrem Asylantrag am Ende stattgegeben wird.



Vgl. IW policy paper 26/2015 unter: iwkoeln.de/fluechtlinge

Der Hollywood-Faktor

Berufswahl. Seit in den USA Krimiserien, in denen promovierte Chemikerinnen die Beweismittel analysieren, alle Einschaltrekorde brechen, ist der Anteil an Frauen in den sogenannten STEM-Fächern Science, Technology, Engineering, Mathematics an den Hochschulen sprunghaft gestiegen.

Wenn Abby Sciuto in ihrem Labor herumwirbelt, schauen viele junge Amerikanerinnen am Fernseher gebannt und begeistert zu. Abby ist die forensische Analytikerin aus der US-Krimiserie NCIS, die eine Zeit lang die meistgesehene Fernsehserie der Welt war.

Abby gilt als Kultfigur und ist zu einem Vorbild bei der Berufswahl vieler Amerikanerinnen geworden. Die Filmfigur hat zahlreiche Studiengänge mit Auszeichnung abgeschlossen – so hat sie einen Masterabschluss in Kriminologie und forensischer Wissenschaft sowie einen Dokortitel in Chemie.

Tatsächlich lassen sich junge Leute bei ihrer Berufswahl stark vom Fernsehprogramm beeinflussen, wie eine Befragung des Bundesforschungsministeriums von 2.457 Jugendlichen aus dem Jahr 2010 zeigt: So gab jede vierte junge Frau an, durch Filme und Serien auf den späteren Wunschberuf aufmerksam geworden zu sein.

Damit beeinflusst der Fernsehkonsum deutlich mehr junge Frauen in puncto Berufswahl als der Schullehrer (13 Prozent) oder die Berufsberatung (17 Prozent).

Aber welche Berufe kommen in Filmen, Serien und Soaps hierzulande überhaupt vor? Dieser Frage ist

Mehr MINTlerinnen in den USA

Zahl der bestandenen Promotionsprüfungen in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) oder vergleichbaren Fächern

■ Promotionen insgesamt ■ Anteil der Promotionen, die von Frauen abgelegt wurden, in Prozent

	USA 2012/2013		Deutschland 2013	
Pharmazie	13.352	61,6	350	59,1
Biologie	7.943	53,5	2.998	58,1
Geowissenschaften	666	45,5	552	36,8
Chemie	2.515	40,3	2.228	40,2
Physik, Astronomie	5.514	33,9	1.767	19,9
Mathematik	1.823	29,1	608	26,6
Ingenieurwissenschaften	9.467	22,8	3.119	19,3
Informatik	1.826	19,3	941	14,3

Quellen: Statistisches Bundesamt, US-amerikanisches Zentrum für Bildungsstatistik

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - IwD 36

das Projekt MINTiFF – MINT in fiktionalen Formaten – nachgegangen, indem es das Programm von ARD, ZDF, RTL, SAT1 und Pro7 in den Jahren 2009 und 2011 jeweils über 14 Tage analysiert hat. Das ernüchternde Resultat: Zwar stand bei 56 Prozent der männlichen, aber nur bei 40 Prozent der weiblichen Haupt- und Nebenrollen der Beruf im Zentrum des Handelns. Lediglich 0,7 Prozent der weiblichen Figuren arbeiteten in Forschung und Naturwissenschaft und sogar nur 0,5 Prozent in einem technischen Beruf.

Das ist in amerikanischen Serien und Spielfilmen ganz anders. Seit dem Start der Krimiserie CSI im Jahr 2000 ist ein regelrechter Hype um naturwissenschaftliche Berufe entstanden. Gerade die Frauen haben sich dadurch für die STEM-Fächer begeistern lassen (Grafik):

Inzwischen legen in den USA weit mehr Frauen als Männer ihre Doktorprüfung in Pharmazie und Biologie ab, in Chemie sind schon vier von zehn Doktoranden Frauen.

Und im Berufsleben? In den USA ist der Anteil der Frauen in den STEM-Berufen von 7 Prozent im Jahr 1960 auf inzwischen 26 Prozent gestiegen. In Deutschland lag der Frauenanteil unter den 7,3 Millionen MINT-Beschäftigten 2013 nur

bei 14 Prozent. Allerdings gibt es hierzulande prozentual gesehen mehr Ingenieurinnen als in den USA: Dort ist der Anteil von 3 Prozent im Jahr 1970 auf 13 Prozent im Jahr 2013 gestiegen, in Deutschland dagegen von 2 Prozent im Jahr 1975 auf mittlerweile fast 19 Prozent.

Selbst für vermeintlich dröge Disziplinen wie Mathe gibt es Begeisterungskonzepte. Als in den USA 2005 die Krimiserie NUMB3RS erfolgreich angelaufen war, sah das Unternehmen Texas Instruments (TI) die Chance, Mathematik in der Bevölkerung und vor allem bei Schülern beliebter zu machen.

In der Serie löst ein FBI-Agent mit der Unterstützung seines Bruders, einem Mathematikprofessor am California Institute of Technology, erfolgreich seine Fälle. TI entwickelte in Kooperation mit der produzierenden Fernsehgesellschaft CBS und dem amerikanischen Verband der Mathematiklehrer Unterrichtsmaterialien. Als Programm „We all use math every day“ erstellten sie die Materialien mit Bezug zu jeder einzelnen Folge der Krimiserie und gewannen später zahlreiche Preise damit. Und auch in NUMB3RS gibt es weibliche Vorbilder: zwei clevere und toughe Mathematikprofessorinnen.

Ganz oben wird die Luft dünner

Bildungsmonitor. Sachsen, Thüringen, Bayern und Baden-Württemberg haben derzeit die besten Bildungssysteme Deutschlands. Aber auch andere Bundesländer können in einzelnen Bereichen punkten – etwa bei der Integration oder an den Hochschulen. Zu diesem Ergebnis kommt der Bildungsmonitor, den das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) 2015 zum zwölften Mal für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft erstellt hat.

Wenn der demografische Wandel künftig die Gesellschaft und die Bildungsinstitutionen spürbar verändert, dann wird dieser Umbruch in Ostdeutschland ganz anders verlaufen als im Westen. Ein Beispiel: Während in den meisten ostdeutschen Kreisen mehr als 19 Prozent der Beschäftigten in einem MINT-Beruf älter als 55 Jahre sind, sind es vor allem in Bayern, Baden-Württemberg und im Westen Niedersachsens weniger als 14 Prozent – die Nachwuchssorgen sind also im Osten viel größer (vgl. iwd 21/2015).

Gleichzeitig profitiert Deutschland seit einigen Jahren stark von der

steigenden Zuwanderung: Die Beschäftigung von Ausländern nimmt sehr dynamisch zu, während die Beschäftigung von Deutschen auch aus demografischen Gründen nur noch leicht steigt oder sogar stagniert.

Zuwanderer gehen aber vor allem dorthin, wo sie bereits Netzwerke haben. Und dies ist die unangenehme Botschaft für den Osten: Mit Ausnahme Berlins und wenigen anderen Kreisen liegt in Ostdeutschland der Anteil der ausländischen Beschäftigten an allen Beschäftigten in MINT-Berufen unter 2 Prozent. In Baden-Württemberg liegt dieser Anteil bei über 11 Prozent.

Der IW-Bildungsmonitor, der auch die Erfolge der Bildungssysteme in puncto Fachkräftesicherung bewertet, kommt in diesem Jahr zu folgenden Ergebnissen (Grafiken):

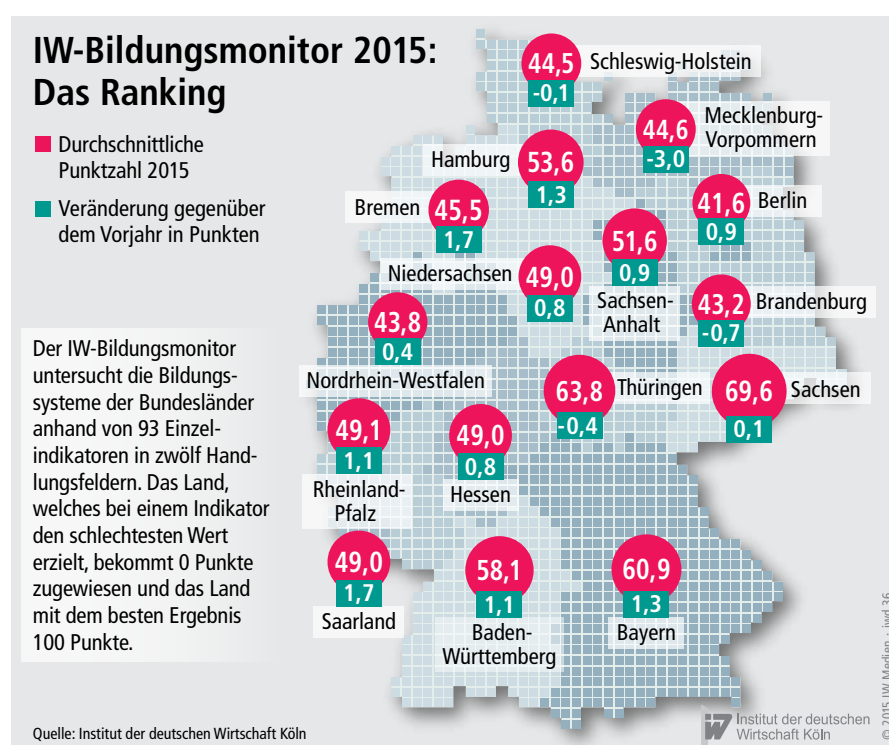
Der Sieger Sachsen ist Spitze bei der Förderinfrastruktur und der Schulqualität, das zweitplatzierte Thüringen trumpft bei der Ausgabenpriorisierung und den Betreuungsbedingungen auf und Bayern punktet bei der beruflichen Bildung, bei der Vermeidung von Bildungsarmut und der Inputeffizienz. Baden-Württemberg erreicht in mehreren Handlungsfeldern sehr gute Ergebnisse.

Aber auch andere Bundesländer erzielen in einzelnen Handlungsfeldern Bestwerte: So kann das Gesamtschluslicht Berlin bei der Forschungsorientierung punkten.

Aufgrund der großen Fortschritte, die bereits in der Vergangenheit gemacht wurden, geht es nun allerdings nur noch langsam voran – ganz oben wird die Luft eben dünner. Am stärksten verbessert haben sich folgende Länder:

Bremen konnte den Anteil der vorzeitig aufgelösten Ausbildungsverträge deutlich verringern. Außerdem ist in der Hansestadt das Durchschnittsalter der Erstabsolventen an Hochschulen gesunken, während der Anteil der Grundschüler, die ganztags betreut werden, gestiegen ist. Deutlich zugelegt hat auch der Anteil der Absolventen in den Ingenieurwissenschaften.

Im **Saarland** ist die Zahl der Hochschulabsolventen in Relation zur Zahl der akademischen 15- bis 65-jährigen Bevölkerung gestiegen. Verbessern konnte sich das Saarland



ebenfalls bei der Kinderbetreuung, weil die Erzieherinnen in den Kindergärten im Durchschnitt kleinere Gruppen betreuen als im Vorjahr. Auch die Ausbildungsstellenquote ist von 2013 auf 2014 noch einmal gestiegen.

Bayern hat seine Ausgaben je Schüler sowie die Ausbildungsleistung in den Ingenieurwissenschaften gesteigert. Außerdem hat der Anteil der ganztagsbetreuten Schüler in Bayern zugenommen, während die Zahl der Kinder je betreuender Person im Kindergarten gesunken ist. Bessere Erfolgsquoten gab es zudem in der Berufsvorbereitung.

In **Hamburg** sind unter anderem die Ganztagsangebote an Schulen deutlich ausgebaut worden und die Hochschulen konnten deutlich mehr Drittmittel einwerben.

Viele kleine Bausteine haben in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, dass sich das Fachkräftenangebot in Deutschland verbessert hat:

Die Zahl der MINT-Erstabsolventen hat sich zwischen 2000 und 2013 fast verdoppelt.

Aber auch in anderen Studienfächern hat die Absolventenzahl zum Teil deutlich zugelegt. Der Anstieg der Zahl der Hochschulabsolventen in Deutschland zwischen 2000 und 2013 hat zu einem unmittelbaren Zuwachs der Wertschöpfung um 20,5 Milliarden Euro geführt – wovon alle Bundesländer profitieren.

Gleichwohl kann eine vorausschauende Bildungspolitik weitere Impulse setzen, die zur Fachkräftesicherung beitragen:

- Mittelfristig ist vor allem die **Zuwanderung** sehr wichtig, wobei unter dem Aspekt der Fachkräftesicherung die Zuwanderung über die Hochschulen der Königsweg sein dürfte. Aufgrund der Bologna-Reform ist es

IW-Bildungsmonitor 2015: Wo die Länder punkten

Handlungsfeld	Bestes Bundesland	Beispielindikator	Erreichter Wert	Bundesdurchschnitt
Ausgabenpriorisierung	Thüringen	Relation der Ausgaben pro Grundschüler zu unmittelbaren Ausgaben je Einwohner, 2012	131,1 Prozent	108,8 Prozent
Inputeffizienz	Bayern	Anteil der über 55-jährigen Lehrer an allgemeinbildenden Schulen, 2013	27,3 Prozent	30,4 Prozent
Betreuungsrelationen	Thüringen	Schüler pro Lehrer an Teilzeitberufsschulen, 2013	21,8	34,9
Förderinfrastruktur	Sachsen	Anteil der drei- bis sechsjährigen Kinder in Ganztagsbetreuung, 2014	79,0 Prozent	41,4 Prozent
Internationalisierung	Hamburg	Anteil der Berufsschüler mit Fremdsprachenunterricht, 2013	76,8 Prozent	31,3 Prozent
Zeiteffizienz	Schleswig-Holstein	Anteil der verspätet eingeschulter Schüler, 2013	1,9 Prozent	6,8 Prozent
Schulqualität	Sachsen	Durchschnittliche Kompetenzen Mathematik, 9. Klasse, 2012	536 Punkte	500 Punkte
Bildungsarmut	Bayern	Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss, 2013	4,4 Prozent	5,2 Prozent
Integration	Saarland	Studienberechtigtenquote von ausländischen Schülern an beruflichen Schulen, 2013	17,5 Prozent	10,6 Prozent
Berufliche Bildung	Bayern	Anteil der unversorgten Bewerber, 2014	5,7 Prozent	10,0 Prozent
Hochschule und MINT	Bremen	Relation der Absolventen zu 15- bis 65-jährigen Akademikern, 2013	9,0 Prozent	5,2 Prozent
Forschungsorientierung	Berlin	Promotionsquote, 2013	7,4 Prozent	6,3 Prozent

Bestes Bundesland: ist nicht zwangsläufig auch bestes Bundesland beim Beispielindikator
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 36

heute für viele ausländische Studenten deutlich leichter, etwa für ein Masterstudium nach Deutschland zu kommen.


Ein großes Potenzial bietet auch die Internationalisierung innerhalb der beruflichen Bildung. So sollte beispielsweise für Flüchtlinge der Weg in die duale Berufsausbildung erleichtert werden (vgl. Seite 1-2).

- Gleichzeitig sollten mehr Menschen einen **Bildungsabschluss** erreichen. Alleinerziehende ohne Berufsabschluss zum Beispiel hätten bei einem Ausbau der Ganztagsbetreuung mehr zeitliche Freiräume, eine Ausbildung zu machen.

- Im Rahmen der Berufsorientierung sollte die **berufliche Bildung** stärker betont werden. Auch für Gymnasiasten kann sich eine Lehre lohnen – vor allem in den MINT-Fachrichtungen mit ihren guten Einkommens- und Karrierechancen.

- Die Zahl der **Studienabbrüche** ließe sich mithilfe einer Studienverlaufsstatistik verringern – aufgrund der besseren Datenlage könnten die Abbrecherquoten durch gezieltere Maßnahmen reduziert werden. Außerdem sollten Bachelorabsolventen im öffentlichen Dienst künftig dieselben Einstellungschancen erhalten wie Masterabsolventen.

Wohlstand braucht Wohnraum

Wohnungsmarkt. Wie viel Wohnfläche ein Land braucht, hängt von der Zahl und Altersstruktur seiner Einwohner ab und vor allem von deren Wohlstand. Der sogenannte Kohorteneffekt führt dazu, dass die Wohnungen von Generation zu Generation ein bisschen größer werden. Eine IW-Studie zeigt, wie sich der Bedarf an Wohnraum in Deutschland bis 2030 entwickeln wird. 

Statistisch gesehen hat heute jeder Bundesbürger rund 46 Quadratmeter Wohnraum zur Verfügung – und damit ziemlich genau zehn Quadratmeter mehr als im Jahr 1991. Dass die Pro-Kopf-Wohnfläche – der Wohnflächenkonsum, wie die Fachleute sagen – auch künftig weiter zulegen wird, erklärt sich aus drei Effekten:

Der Altersstruktureffekt beschreibt die Tatsache, dass Menschen mit zunehmendem Alter größere Wohnungen haben. Dies liegt

zum einen am höheren Einkommen, vor allem aber an den Lebensumständen. Während die 20- bis 30-Jährigen typischerweise noch in der Ausbildung sind und als Single mit kleinem Budget eher bescheiden wohnen, haben die über 30-Jährigen einen festen Job, gründen eine Familie und ziehen ins Eigenheim oder zumindest in eine größere Wohnung.

Viele Jahre später kommt dann mit der sogenannten Altersremanenz ein weiterer Effekt hinzu – und der funktioniert so: Eine dreiköpfige Fa-

milie wohnt auf 90 Quadratmetern, macht 30 Quadratmeter pro Kopf. Zieht das Kind irgendwann aus, sind es schon 45 Quadratmeter pro Person. Stirbt dann eines Tages der Mann oder die Frau, lebt der Partner allein auf 90 Quadratmetern.

Der Kohorteneffekt besagt nichts anderes, als dass jede nachfolgende Generation größere Wohnungen hat als ihre Eltern. Der Grund dafür ist der zunehmende Wohlstand: Wenn – wie in Deutschland in den vergangenen 30 Jahren – die Einkommen stärker steigen als die Wohnkosten, wächst auch die Nachfrage nach Wohnraum.

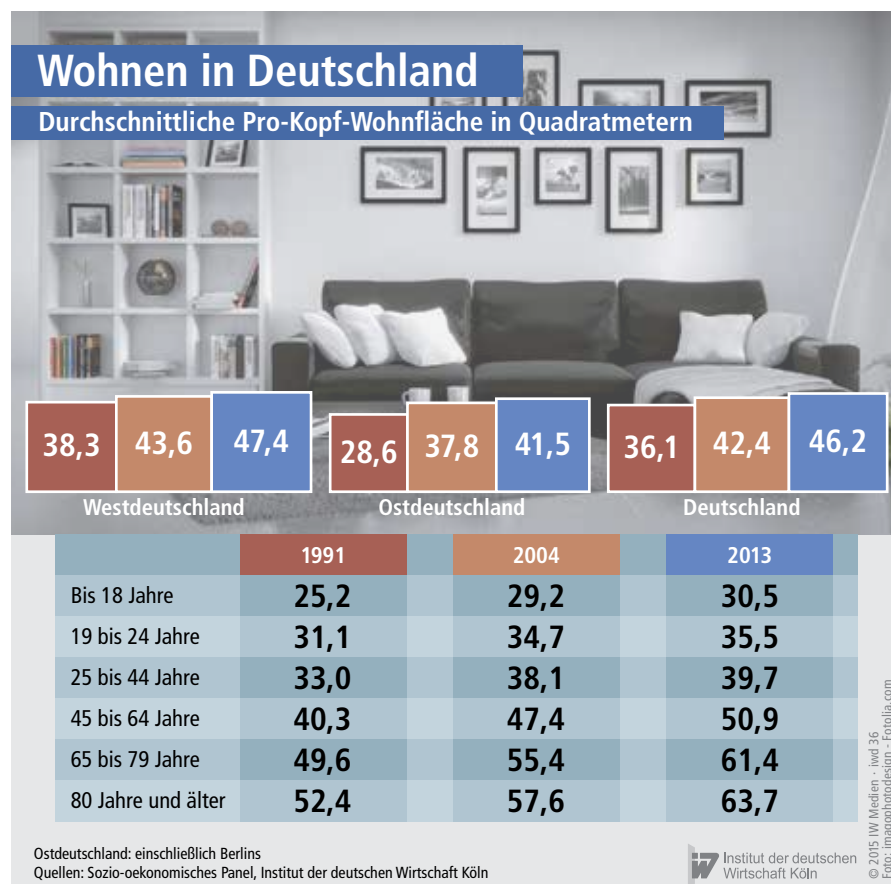
Der Mengeneffekt beschreibt den Zusammenhang zwischen dem gesamten Wohnflächenkonsum und der Bevölkerungszahl.

Ein Blick auf die Daten zeigt die Auswirkungen dieser Effekte in Deutschland (Grafik):

Im Jahr 2013 hatte die Altersgruppe der über 80-Jährigen eine gut doppelt so große Pro-Kopf-Wohnfläche wie die unter 18-Jährigen.

Zu sehen ist aber auch, dass die durchschnittliche Wohnfläche innerhalb der einzelnen Altersgruppen ebenfalls stetig gestiegen ist. So hatten die unter 18-Jährigen im Jahr 1991 durchschnittlich 25 Quadratmeter zur Verfügung, mittlerweile sind es nahezu 31 Quadratmeter. Und die über 80-Jährigen haben sich im selben Zeitraum von rund 52 auf 64 Quadratmeter verbessert.

Schaut man auf die regionalen Zahlen, dann fällt einerseits auf, dass die Ostdeutschen mit durchschnittlich knapp 42 Quadratmetern pro Kopf noch immer über eine rund



sechs Quadratmeter kleinere Wohnfläche verfügen als die Westdeutschen. Andererseits ist die Pro-Kopf-Wohnfläche im Osten seit 1991 mit 45 Prozent fast doppelt so stark gewachsen wie die im Westen.

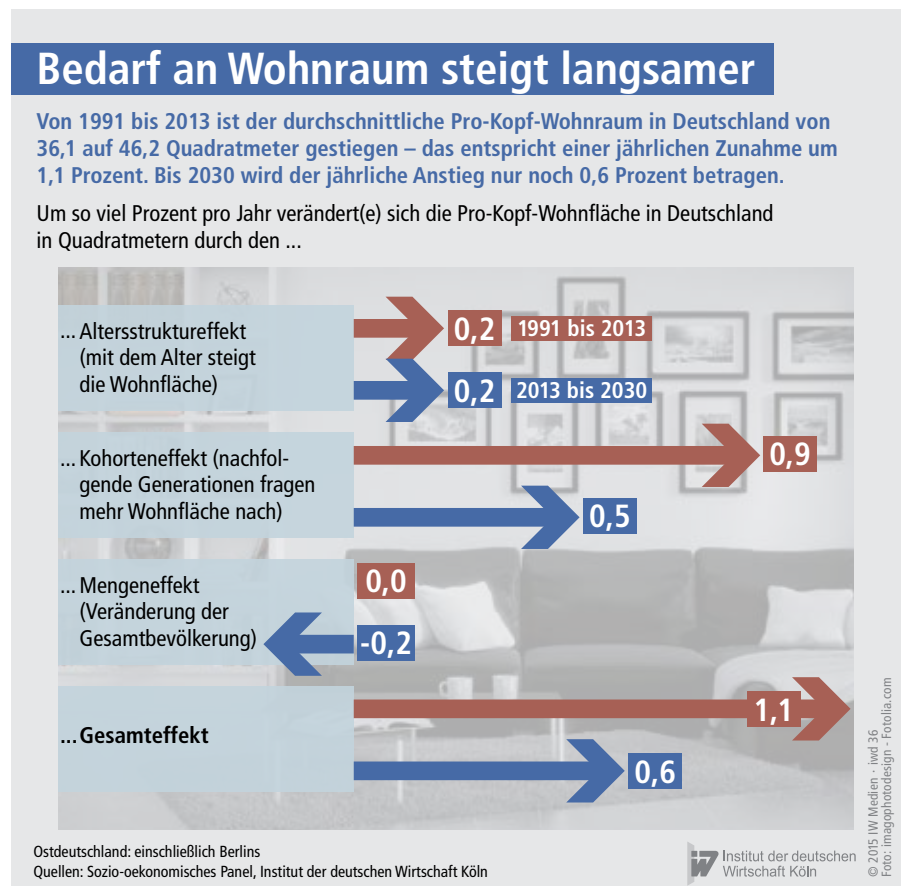
Wie sich der Wohnflächenkonsum in den kommenden Jahren entwickeln wird, hängt von vielen Faktoren ab: Dazu zählen vor allem die Immobilienpreise, die Wohnungsmieten, die Energiekosten und die verfügbaren Einkommen. Aber auch der Trend zum Singledasein und damit zum Einpersonenhaushalt spielt eine Rolle.

Das IW Köln hat all diese Faktoren in einem Prognosemodell berücksichtigt und die Entwicklung der Pro-Kopf-Wohnfläche bis zum Jahr 2030 fortgeschrieben. Die wichtigsten Ergebnisse:

Bis 2030 wird die Pro-Kopf-Wohnfläche in Deutschland von 46 auf knapp 52 Quadratmeter zulegen.

Verglichen mit dem Zeitraum 1991 bis 2013, als die Pro-Kopf-Wohnfläche jedes Jahr um durchschnittlich 1,1 Prozent gestiegen ist, verlangsamt sich der Zuwachs zwischen 2013 und 2030 auf 0,6 Prozent per annum. Die Ursachen für diesen gebremsten Anstieg sind wiederum in den drei Effekten zu finden, die sich sowohl im Zeitablauf als auch regional zum Teil sehr unterschiedlich entwickeln (Grafik).

Beim Altersstruktureffekt tut sich vergleichsweise wenig. Zwar könnte man aufgrund der demografischen Entwicklung eher annehmen, dass er an Bedeutung gewinnt. Tatsächlich aber geht die Überalterung der Gesellschaft nicht mehr auf Kosten der Jungen – deren Zahl bleibt bis 2030 relativ konstant –, sondern auf Kosten der 40- bis 50-Jährigen. Und deren Wohnraumnachfrage unter-



scheidet sich nur wenig von der Nachfrage der älteren Semester.

Hauptgrund für das gebremste Wachstum des Wohnflächenkonsums ist der Kohorteneffekt, der sich von 2013 bis 2030 – verglichen mit dem Zeitraum 1991 bis 2013 – fast halbiert. Das wiederum liegt vor allem daran, dass der Nachholbedarf der jüngeren Generationen in Ostdeutschland inzwischen weitgehend gestillt ist: Sorgte er von 1991 bis 2013 noch für einen jährlichen Anstieg der ostdeutschen Pro-Kopf-Wohnfläche um 1,5 Prozent, wird er bis 2030 nur noch 0,6 Prozent per annum betragen – und damit nur noch einen Tick über dem westdeutschen Wert von 0,5 Prozent liegen.

Die dritte Variable, der Mengeneffekt, ist der größte Unsicherheitsfaktor. Von 1991 bis 2013 war der Mengeneffekt null, weil die Bevölkerungsverluste in Ostdeutschland praktisch den Bevölkerungsgewin-

nen im Westen entsprachen. Für die Zeit bis 2030 spielt vor allem die Nettozuwanderung eine Rolle. Die bisherigen Prognosen sind davon ausgegangen, dass Deutschland jedes Jahr netto um 200.000 Zuwanderer wächst, die einheimische Bevölkerung selbst aber um rund 300.000 schrumpft – sodass unterm Strich ein Minus bleibt, das die Nachfrage nach Wohnraum dämpft.

Allerdings war der Wanderungssaldo schon in den vergangenen Jahren deutlich höher, nämlich bis zu 500.000 – und derzeit weiß niemand, wie sich die aktuell sehr hohen Zuwandererzahlen in den nächsten Jahren entwickeln werden.

i aus IW-Trends 3/2015

Philipp Deschermeier, Ralph Henger:
Die Bedeutung des zukünftigen Kohorteneffekts auf den Wohnflächenkonsum
iwkoeln.de/wohnflaechenkonsum

Jede Idee zahlt sich aus

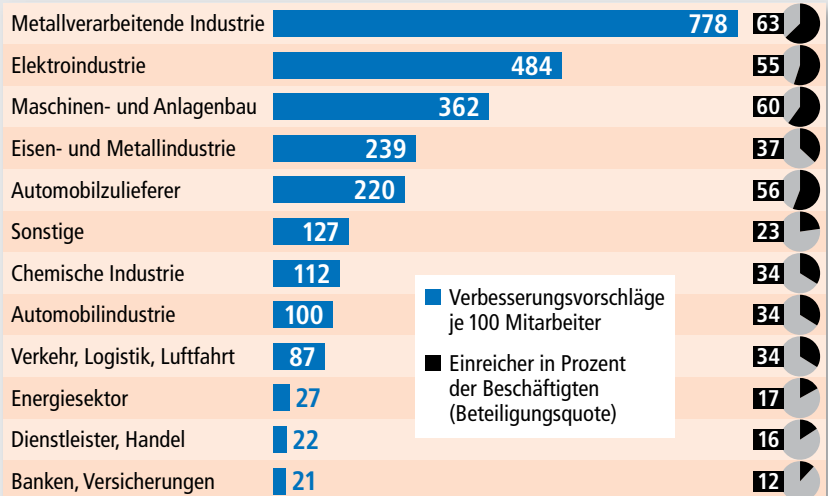
Betriebliches Vorschlagswesen. Mit dem Ideenmanagement besitzen Unternehmen ein hervorragendes Instrument, um Mitarbeiter zum Mitdenken zu motivieren und gleichzeitig bares Geld einzusparen.

Zwar haben im vergangenen Jahr nur 84 Unternehmen an der jährlichen Studie des Deutschen Instituts für Betriebswirtschaft (DIB) zum Thema Ideenmanagement teilgenommen, doch diese Firmen bilden erstens das Geschehen in fast allen Branchen ab, und zweitens hatten sie es in sich: Von ihren Mitarbeitern wurden nicht weniger als 872.000 Vorschläge eingereicht, um Prozesse oder Produkte zu verbessern.

Im Branchendurchschnitt hat jeder Mitarbeiter zwei Vorschläge eingereicht – das war das zweithöchste Niveau der vergangenen acht Jahre.

Mehr als die Hälfte der Verbesserungsvorschläge konnte realisiert werden, was ebenfalls ein neuer Re-

Ideenmanagement: Branchen mit Köpfchen



Stand: 2014; Quelle: Deutsches Institut für Betriebswirtschaft

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 36

kord ist. Jeder umgesetzte Vorschlag brachte den Unternehmen Einsparungen oder Ergebnisverbesserungen von durchschnittlich 1.820 Euro pro Jahr ein.

Auch für die Mitarbeiter zahlen sich die Geistesblitze aus. In den untersuchten Unternehmen wurden fast 70 Millionen Euro an Prämien vergeben, allein 30 Millionen Euro davon in der Automobilindustrie.

Dabei gilt zunehmend: Nur Bares ist Wahres. Denn 78 Prozent der Prämien bestehen aus Geldprämien, während Sachprämien immer seltener vergeben werden.

Die Höhe der Prämien richtet sich in den meisten Unternehmen nach den Einsparungen bzw. der Ergebnisverbesserung im ersten vollen Umsetzungsjahr: Zwischen 10 und 30 Prozent davon werden üblicherweise an den Initiator gezahlt.

In der Autozulieferindustrie und bei den Energieversorgern wurden die besten Ideen im Jahr 2014 mit bis zu 150.000 Euro dotiert.

Rechnet man die Ergebnisse der DIB-Befragung auf die Gesamtwirtschaft hoch, wären – wenn alle mitmachen – jährliche Einsparungen in zweistelliger Milliardenhöhe drin.

Betrachtet man die Zahl der Verbesserungsvorschläge je 100 Beschäftigte, führt die Industrie mit ihren hochqualifizierten Fachkräften das Ranking an – allen voran die Metallverarbeitung. Dort reichte jeder Beschäftigte 2014 im Schnitt fast acht Vorschläge ein (Grafik). In dieser Branche ist auch der Anteil der Mitarbeiter, die sich am Ideenmanagement beteiligen, mit 63 Prozent am höchsten. Bei Banken und Versicherungen dagegen beträgt die Beteiligungsquote nur 12 Prozent.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein

Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504

E-Mail: iw@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

IW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.